

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Arberger und Mahndorfer Marsch: Finanzdesaster begrenzen

Der Erwerb von 800 Hektar Gewerbeflächen in der Arberger und Mahndorfer Marsch erweist sich als finanzpolitisches Desaster. Mehr als 50 Millionen Euro sollen von Bremen an die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) überwiesen werden. Prognosen gehen von einem Schaden von bis zu 300 Millionen Euro für das Land Bremen aus.

Im „Integrierten Flächenprogramm 2010“ von 2002 rechnete der Senat damit, in der Stadt Bremen etwa 50 Hektar Gewerbeflächen im Jahr zu verkaufen. Diese Prognose lässt sich nicht halten.

Mit der überdimensionierten Vorratshaltung von Gewerbeflächen auf der Grünen Wiese muss endgültig Schluss sein. Das Geld, was in der Arberger und Mahndorfer Marsch verschleudert wurde, fehlt für den technologieorientierten Strukturwandel.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. November 2004 über die finanziellen Folgen der rückläufigen Gewerbeflächenvermarktung in Bremen und Bremerhaven zu berichten,
2. keine AIP-Mittel mehr für die Westerweiterung des Technologieparks bereitzustellen.

Karin Krusche, Klaus Möhle,
Anja Stahmann und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen